

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

7/2011
Juli 2011
28. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	Präsident der weltweiten Adventisten zu Gast in Deutschland	Seite 1
	„Die Schüler sollen gerne in ihrer Mensa essen“	Seite 2
	Vier Marienhöher mit der Traumnote 1,0	Seite 2
	Musiktherapie mit internationalem Austausch	Seite 3
	Fachbeirat „Sexueller Gewalt begegnen“ der Adventisten unter neuer Leitung	Seite 3
	„Sehnsucht nach mehr“ beim G-Camp in Friedensau	Seite 4
	Evangelische Freikirchen fordern vollständiges PID-Verbot	Seite 4
	Hauptautor der „Charta Oecumenica“ wurde 75	Seite 5
	Arbeitshilfe des Paritätischen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt	Seite 6
	International	Große Offenheit bei Dialog zwischen Mennoniten und Adventisten
Norwegens Adventisten in Trauer und Bestürzung über Anschläge		Seite 8
USA: Bedürftigen mit rollender Lebensmittelhilfe ihre Würde zurückgeben		Seite 8
Lebenslänglich für Täter bei Massaker in adventistischer Kirche in Ruanda		Seite 10
Erklärung zur Gewaltanwendung gegenüber Homosexuellen		Seite 10
Waldenserkirche bittet für homosexuelles Paar um Segen Gottes		Seite 11
Keine christliche Mission ohne christliche Ethik		Seite 12
Beschwerden gegen Schweizer Minarett-Bauverbot unzulässig		Seite 13
„Dieses Unkraut in unseren Landen auswurzeln“		Seite 14
Europäische Sonntagsallianz in Brüssel gegründet		Seite 14
Sonntagsallianz: Experte fordert Ruhetagsschutz für alle Religionen	Seite 16	
ADRA	ADRA Deutschland bittet um Spenden für Hungernde in Ostafrika	Seite 17
	Flüchtlingshilfe in der Elfenbeinküste und in Liberia	Seite 18
	ADRA hilft auch vier Monate nach dem Erdbeben in Japan	Seite 19
Bibel	Die Bibel weltweit in 2.527 Sprachen übersetzt	Seite 21
	Nach „Goldenem Löwen“ jetzt „ADCE Goldstar“ für die „BasisBibel“	Seite 22
Buchrezension	Daniel Heinz (Hg.), „Freikirchen und Juden im ‚Dritten Reich‘“	Seite 23

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend),
Holger Koch, Erich Lischek, Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 16,6 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 206 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.200 Mitglieder in 570 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

Präsident der weltweiten Adventisten zu Gast in Deutschland

Adventistische Kirchenleiter auf Luthers Spuren

Ostfildern, 26.07.2011/APD Am letzten Tag seines Deutschlandbesuchs würdigte am 9. Juli der Präsident der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor Ted N.C. Wilson (Silver Spring, Maryland/USA), Martin Luther vor 1.800 Besuchern während eines Gottesdienstes in Friedensau bei Magdeburg. Der Reformator habe den Deutschen durch die Übersetzung der Bibel in ihre Muttersprache ein großes Vermächtnis übergeben. „Er führte dadurch die Menschen zur Bibel als Wort Gottes.“ Die Aufforderung Luthers, allein die Heilige Schrift als Richtschnur des Glaubens an Gott anzuerkennen, gelte auch heute noch.

Wilson begann seinen Deutschlandbesuch in Augsburg, wo er vom 1. bis 3. Juli an der Konferenz der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Bayern teilnahm. Dort betonte er in einer Ansprache zum Thema „Von Gott berührt“ vor rund 3.500 Besuchern in der Schwabenhalle im Hinblick auf das Schrifttum von Ellen G. White (1827-1915), Mitbegründerin der weltweiten Freikirche: „Man kann eine wunderbare Predigt halten, ohne ein Zitat von Ellen White zu verwenden. Ihre Schriften sollten niemals an die Stelle der Bibel treten. Ich finde ihre Aussagen aber sehr hilfreich, deshalb zitiere ich sie gern.“

Am 4. Juli sprach der Generalkonferenzpräsident in Darmstadt vor den adventistischen Pastoren aus ganz Deutschland über die Erlösung des Menschen allein durch Jesus Christus: „Siebenten-Tags-Adventisten sollten mehr als alle anderen davon reden, dass Erlösung durch Jesus geschieht und nur durch ihn.“ Man könnte über Christus zwar viel sprechen, aber was das wirklich bedeute, zeige erst das Leben eines Christen.

Ted N. C. Wilson nahm sich auch die Zeit, Fragen der Pastoren zu beantworten. Zu Kontakten mit anderen Kirchen meinte er: „Wir sollten freundschaftliche Beziehungen zu anderen Christen anstreben und mit jeder religiösen Organisation zusammenarbeiten, welche die Religionsfreiheit fördert. Wir sollten aber vorsichtig bei solchen Organisationen sein, die das Wort Gottes neutralisieren und Mission behindern. Wir sollten nichts unterstützen, was uns daran hindert, unsere spezifischen Lehren zu verkünden.“

Auf dem Besuchsprogramm von Pastor Wilson standen das adventistische Schulzentrum Marienhöhe, Darmstadt, mit Gymnasium, Kolleg, Realschule, Grundschule und Internat, sowie das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt. Das Medienzentrum umfasst Rundfunk- und Fernsehstudios, das Internationale Bibelstudien-Institut, die Blindenhörbücherei und die Bildagentur „churchphoto.de“. In Alsbach-Hähnlein wurden auch Talk-Sendungen mit dem Generalkonferenzpräsidenten für „Hope Channel Radio“ und „Hope Channel TV deutsch“ aufgezeichnet. Professor Friedbert Ninow informierte den amerikanischen Gast über die Theologische Hochschule der Freikirche in Friedensau bei Magdeburg. Wilson hatte außerdem Treffen mit Studenten, Dozenten und Angestellten der Hochschule. Er interessierte sich auch für das Friedensauer Altenpflegeheim des Advent-Wohlfahrtswerkes.

Während seines Deutschlandbesuchs wurde Wilson von seiner Ehefrau Nancy, Pastor Michael Ryan, einer der neun Vizepräsidenten der Weltkirchenleitung mit Tätigkeitsschwerpunkt weltweite Mission der Freikirche, Fernsehevangelist Mark Finley, dem Kommunikationsdirektor der Generalkonferenz, Pastor Williams Costa, und dem Präsidenten der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa sowie Nordafrika, Pastor Bruno Vertallier (Bern), begleitet. Die Gäste befanden sich auch auf den Spuren des Reformators Martin Luther, indem sie

unter Führung des Dekans und Kirchenhistorikers der Theologischen Hochschule Friedensau, Dr. Johannes Hartlapp, die Lutherstätten Worms, Eisenach, Wittenberg und Mansfeld besuchten. (3.367 Zeichen)

„Die Schüler sollen gerne in ihrer Mensa essen“

Fachmagazin zur Mensa ohne Fleisch des Schulzentrums Marienhöhe

Darmstadt, 26.07.2011/APD Unter der Überschrift „Genießen ohne Fleisch“ befasst sich das Fachmagazin „Schulverpflegung“ in seiner Ausgabe 3/2011 mit der Mensa des Schulzentrums Marienhöhe der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt. Zur Bildungseinrichtung gehören Gymnasium, Realschule, Grundschule, Kolleg und Internat mit insgesamt rund 670 Schülerinnen und Schülern. In der Mensa gebe es aus Prinzip kein Fleisch, teilte der Geschäftsführer der Marienhöhe, J. Achim Ulrich, mit. Das Schulzentrum folge damit dem Gesundheitskonzept seines Trägers, das seit über 140 Jahren erfolgreich umgesetzt werde. „Die grundsätzliche Akzeptanz für unser Verpflegungskonzept ist vorhanden“, berichtete Ulrich. Auch die vielen Eltern, die nicht der Freikirche angehörten, begrüßten das Angebot. Neben dem Gesundheitsaspekt gehöre aber auch die Schärfung des Bewusstseins für nachhaltige und ökologische Zusammenhänge zu den pädagogischen Strategien des Schulzentrums.

Das Mittagsangebot, das von Küchenchef Steffen Breitfeld und seinem Team produziert werde, enthalte neben vegetarischen Produkten einen geringfügigen Teil Fisch. Derzeit nutzten mittags rund 120 auch externe Gäste die Mensa. Täglich gebe es ein oder zwei Menüs zum Preis von 2,30 bis 3,50 Euro. Eine Theke biete zudem etwa sieben Salate an. Eine Tagessuppe und ein Dessert rundeten das Angebot ab. Wem das noch nicht genüge, der dürfe sich Beilagen zum Aufpreis von 80 Cent nachholen. Neben den sieben Fruchtsäften, das Glas zu 40 Cent, gebe es laut Breitfeld kostenlos schuleigenes Quellwasser aus einem Spender. Im Herbst werde selbst gekeltert, dann gebe es frischen Apfelmost. Externe Gäste zahlten einen Aufpreis von rund 30 Prozent.

„Wir versuchen, einen gesunden Mittelweg zwischen 100-prozentiger Vollwertkost und dem, was unseren Schülern schmeckt, zu finden“, meinte Breitfeld. So gehörten auch Pommes und Pizza zum Speiseplan. Der Nährwert gerate deshalb nicht außer acht. Die Pizza werde mit geschrotetem Vollkorn selbst gebacken. „Wir wollen niemanden zum Vegetarier bekehren“, betonte Geschäftsführer Ulrich. „Was die Schüler privat essen, ist deren Sache.“ In erster Linie sollten sie gerne in ihrer Mensa essen.

Das Fachmagazin kommt zu dem Schluss: „Das Schulzentrum Marienhöhe in Darmstadt zeigt, wie man mit einem kreativen vegetarischen Angebot auch passionierte Fleischliebhaber überzeugen kann.“ Es belege, dass eine fleischlose Kost in einer schulischen Mensa machbar sei. Laut der Zeitschrift würden die Deutschen zu viel Fleisch essen. Noch vor 60 Jahren wäre der Durchschnittsdeutsche mit 26,2 Kilogramm Fleisch pro Jahr ausgekommen. Heute seien es bereits 60,5 Kilogramm. Eine Entwicklung, die Mediziner mit Sorge betrachten würden. Fleischskandale hätten eine Trendwende eingeläutet. „Immer mehr Menschen – gerade der jüngeren Generation – möchten anders essen“, so das Fachmagazin „Schulverpflegung“.

(2.599 Zeichen)

Vier Marienhöher mit der Traumnote 1,0

Darmstadt, 26.07.2011/APD Das Abitur legten 85 Gymnasiasten und Kollegiaten (2. Bildungsweg) am Schulzentrum Marienhöhe der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt erfolgreich ab. Vier von ihnen erhielten die Traumnote 1,0. Der Gesamtnoten-Durchschnitt aller Abiturienten lag bei 2,21. Außerdem erreichten 23 Absolventen den Realschulabschluss, von denen acht in die gymnasiale Oberstufe überwechseln.

Die adventistische Bildungsstätte besuchten im abgelaufenen Schuljahr 673 Schülerinnen und Schüler, die von 68 Lehrkräften unterrichtet wurden. Das 1924 gegründete Schulzentrum der

Siebenten-Tags-Adventisten hat seit 1950 ein staatlich anerkanntes Gymnasium. 1994 kam die Real- und 2010 die Grundschule hinzu. Zum neuen Schuljahr haben sich bereits 452 Schülerinnen und Schüler für das Gymnasium, 187 für die Realschule und 20 für die Grundschule angemeldet. (797 Zeichen)

Musiktherapie mit internationalem Austausch

Neuer berufsbegleitender Master-Studiengang in Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 26.07.2011/APD Zum Wintersemester 2011/2012 führt die Theologische Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg den Master (M.A.) in Musiktherapie als neuen und berufsbegleitenden Studiengang ein. Er ist im Fachbereich Christliches Sozialwesen angesiedelt. Die Regelstudienzeit beträgt drei Jahre (sechs Fachsemester). Die Studiengangsleitung übernimmt die Diplom-Musikpädagogin und Lehrmusiktherapeutin Dr. Petra Jürgens. Sie ist Leiterin des Instituts für Musiktherapie der Theologischen Hochschule Friedensau sowie des Instituts für Musiktherapie, Berlin.

Laut Jürgens habe Musiktherapie in Deutschland eine fünf Jahrzehnte zurückreichende Tradition und sei inzwischen national sowie international so weit gefächert wie die Medizin selbst. Es gebe tiefenpsychologische, psychosoziale, analytische, heilpädagogische, verhaltenstherapeutische und andere Ausrichtungen. An der Theologischen Hochschule Friedensau werde bereits seit 1998 Musiktherapie in unterschiedlichen Kontexten unterrichtet, aber immer in der Form, dass ihre Anwendbarkeit für alle Bereiche modifizierbar sei. Sie könne demnach sowohl in psycho- als auch sozio- und milieuthérapeutischen Konzepten Einbettung finden. Damit werde einerseits dem Gesamtkonzept der Sozialen Arbeit an der Hochschule Rechnung getragen und andererseits adäquat auf die gesellschaftlichen Erfordernisse reagiert.

Da der Bedarf an hochqualifizierten Musiktherapeutinnen und -therapeuten in besonderem Maße wachse und als steigend prognostiziert werde, sei es seit längerer Zeit ein Anliegen, dieses Fach nicht mehr nur im Rahmen der Counseling-Ausbildung anzubieten, sondern es auch in Form eines eigenständigen Masterprogramms an der Hochschule zu etablieren, informierte Petra Jürgens. Für den im Herbst beginnenden neuen Studiengang „M.A. Musiktherapie“ lägen bereits die ersten Immatrikulationen vor. Forschung, Lehre und Praxisbezug würden hier in enger Wechselwirkung zueinander stehen. Sie bedingten und durchdrängen sich gegenseitig, weil Musiktherapie als angewandte Wissenschaftsdisziplin auf vielfältigsten Gebieten therapeutische, begleitende und beraterische Aufgaben übernehmen könne.

Der Masterabschluss in diesem Fach gewährleiste nicht nur die Mitgliedschaft der Absolventen im Berufsverband der Musiktherapeutinnen und Musiktherapeuten in Deutschland (BVM), sondern darüber hinaus die europaweite Anerkennung. In diesem Zusammenhang sei die European Music Therapy Confederation (EMTC) zu nennen, ein Zusammenschluss von europäischen professionellen Musiktherapievereinigungen. Alle EU-Mitgliedsländer sowie die Beitrittsländer aus Mittel- und Osteuropa wären dort vertreten. Aufgabe der EMTC sei die Weiterentwicklung der beruflichen Praxis und Vergleichbarkeit der Ausbildungsstandards sowie der internationale Austausch und die Zusammenarbeit. Das Masterangebot Musiktherapie erschließe demnach auch per se international eine rege Zusammenarbeit mit Einrichtungen, die sich diesem Fach bereits widmeten, hob Jürgens hervor. (2.786 Zeichen)

Fachbeirat „Sexueller Gewalt begegnen“ der Adventisten unter neuer Leitung

Hannover/Ostfildern, 26.07.2011/APD Professor Dr. Johann Gerhardt ist neuer Vorsitzender des Fachbeirates „Sexueller Gewalt begegnen“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Er löst Pastor Martin Knoll ab, der nach seiner Wahl zum Vorsteher der Freikirche in Nordrhein-Westfalen sein Amt zur Verfügung stellte. Der Fachbeirat bearbeitet und begleitet im Auftrage der Kirchenleitung alle auftretenden Fälle sexuellen Missbrauchs und

sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Minderjährigen und Schutzbefohlenen innerhalb der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

Gerhardt (67), Professor für Pastoraltheologie, war bis zu seinem Ruhestand im März diesen Jahres Rektor der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg. Dem Fachbeirat „Sexueller Gewalt begegnen“ gehören neben Gerhardt Annekatri Blum (Hannover), Leiterin der Abteilung Frauen des Norddeutschen Verbandes der Freikirche, Pastor Werner Dullinger (Ostfildern), Schatzmeister des Süddeutschen Verbandes der Freikirche, der Jurist Oliver Gall und als Vertreter der Ortsgemeinden Martin Wurster an.

(1.034 Zeichen)

„Sehnsucht nach mehr“ beim G-Camp in Friedensau

Hannover, 26.07.2011/APD Unter dem Motto „Sehnsucht nach mehr“ findet vom 2. bis 7. August in Friedensau bei Magdeburg das G-Camp (Missionscamp) 2011 der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten statt. Dazu werden rund 900 Dauerteilnehmer aus ganz Deutschland erwartet. Sie können unter 23 Workshops, wie „Verstehen und verstanden werden“, „Sehnsucht nach mehr Gerechtigkeit“, „Wie entwickle ich ein Bewusstsein für gesellschaftliche Strömungen?“, „Warum wir ticken wie wir ticken?“, „Die Selbstwahrnehmung schärfen“, „Integrative Jugendarbeit“, „Facebook, Twittern, Chatten“, „Mission: Zwischen Erfolg und Enttäuschung“, „Bewegungstheater“, „Seminare halten mit Pfiff“ oder „Kleingruppen, die es in sich haben“, wählen.

Zum Motto der Veranstaltung meinte Camp-Koordinator Pastor Willie Schulz (Hannover), dass viele Menschen durchaus für den Glauben an Gott offen seien. „Aber sie befinden sich nicht mehr dort, wo wir sie vermuten. Ihre Fragen haben sich verändert.“ Deshalb gelte es während des Camps in Erfahrung zu bringen, wo sie sich befinden und was sie bewegt. Gleichzeitig sei es aber auch wichtig, zu erkennen, „wer wir selbst sind und welche Möglichkeiten uns zu Verfügung stehen, um in einer zynischen Welt Licht und Hoffnung zu verbreiten“.

Zu den Referenten des G-Camps gehören Professor Johann Gerhardt, Dozent und langjähriger Rektor der Theologischen Hochschule Friedensau, Pastor Bernd Sengewald (Stuttgart), Abteilungsleiter für Gemeindeaufbau und Evangelisation der Adventisten in Baden-Württemberg, Pastor Dr. Bojan Godina (Ostfildern bei Stuttgart), Abteilungsleiter für integrative Evangelisation des Süddeutschen Verbandes der Freikirche, László Szabó, Dozent für Gemeindeaufbau und Weltmission an der Theologischen Hochschule Friedensau, Pastor Klaus Popa (Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt), Radio- und Fernsehsprecher des adventistischen Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“, und Pastor Christian Badorrek (Wuppertal), Abteilungsleiter für Gemeindeaufbau der Freikirche in Nordrhein-Westfalen. Für Jugendliche gibt es „Xtra-Youth“, eigene Abendveranstaltungen mit dem Pastorenehepaar Judith und Sven Fockner.

(1.903 Zeichen)

Evangelische Freikirchen fordern vollständiges PID-Verbot

Vor Abstimmung des PID-Gesetzes Apell an Deutschen Bundestag

Witten, 26.07.2011/APD Vor der Abstimmung über die Präimplantationsdiagnostik (PID) wandte sich die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) mit einem Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Der Präsident der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF), Präses Ansgar Hörsting, plädierte darin für ein vollständiges Verbot der PID.

Der „menschliche Embryo“, so Hörsting, entwickle sich von Anfang an „als Mensch“ und nicht erst „zum Menschen“ hin. Darum komme auch Embryonen nach der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle Würde und Lebensschutz zu. Eine PID führe dagegen zu einer gezielten Auswahl von Embryonen. Menschliche Lebewesen würden somit im frühesten Stadium ihrer Existenz „ausgesondert und vernichtet“. Dadurch werde der „Sinn des Seins“ durch die „Zweckmäßigkeit des Seins“ ersetzt. Im Rahmen von vier Thesen hielten die evangelischen Freikir-

chen fest, dass mit der Verschmelzung von Samen- und Eizelle sich ein „neues und eigens menschliches Lebewesen“ bilde, das unbedingt zu schützen sei.

Die Vereinigung evangelischer Freikirchen (VEF) wurde 1926 gegründet. Derzeit gehören der VEF zehn Kirchen und Gemeindebünde als Mitglieder und vier als Gastmitglieder an. Die VEF sieht ihr Ziel darin, gemeinsame Aufgaben zu fördern, zwischenkirchliche Beziehungen zu vertiefen und gemeinsam freikirchliche Belange nach außen zu vertreten. Die VEF wird von einem Vorstand geleitet, dessen Vorsitzender, Präses Ansgar Hörsting, vom Bund Freier evangelischer Gemeinden ist. Zur VEF gehören etwa 260.000 evangelische Christen in Deutschland. Weitere Informationen zur Vereinigung Evangelischer Freikirchen sind im Internet unter www.vef.info zu finden. (1.551 Zeichen)

Hauptautor der „Charta Oecumenica“ wurde 75

Festakt für Reinhard Frieling

Bensheim, 26.07.2011/APD Das Konfessionskundliche Institut des Evangelischen Bundes in Bensheim, ein Arbeitswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), feierte mit einem Festakt den 75. Geburtstag seines ehemaligen Leiters, Professor Dr. Reinhard Frieling. Mehr als fünfzig geladene Gäste aus Kirche, Ökumene, Politik und Gesellschaft würdigten den langjährigen Direktor des Evangelischen Bundes.

Die Präsidentin des Evangelischen Bundes, Professorin Dr. Gury Schneider-Ludorff, erinnerte an Reinhard Frielings Arbeit am Konfessionskundlichen Institut von 1967 bis 1999. Als Institutsleiter habe er Generationen von ökumenisch Lernenden geprägt und maßgeblichen Anteil daran gehabt, das Bensheimer Institut auch europa- und weltweit als Kompetenzzentrum zu etablieren.

In ihrem Festvortrag nahm Pastorin Antje Heider-Rottwilm (Hamburg) Bezug auf eines der maßgeblichen Projekte des Jubilars. Frieling sei Mitinitiator und Hauptautor der „Charta Oecumenica“ gewesen, die 2003 von den Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) als Basis des ökumenischen Zusammenlebens unterzeichnet worden war. Heider-Rottwilm verwies auf die bleibende Wirkung des Textes. Wenn es heute den Anschein habe, die „Charta Oecumenica“ trete immer mehr in den Hintergrund, dann sei zu fragen, „ob sie in den Hintergrund getreten ist oder getreten wurde“, so die Initiatorin des Ökumenischen Netzwerkes „Die Brücke“ in der Hamburger HafenCity.

Pröpstin Karin Held betonte für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) die Achtung vor dem ökumenischen Lebenswerk Frielings. Die Lage des Konfessionskundlichen Instituts in Südhessen habe auch den langjährigen Institutsleiter eng an die EKHN geführt. Nicht nur mit seinen Veröffentlichungen, sondern auch als Synodaler dieser Kirche „war und ist er Impulsgeber und hochgeschätzter Gesprächspartner“. Als langjähriger Synodaler der Evangelischen Kirche in Deutschland und Vorsitzender des Europa-Ausschusses der Synode habe er die konfessionskundliche Perspektive in das maßgebende Handeln der Kirche eingebracht.

Für die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) würdigte Professor Dr. Viorel Ionita die Moderationsfähigkeit des Jubilars. Damit habe Frieling immer wieder ökumenische Prozesse ausgeglichen und bereichert.

Pater Dr. Gerhard Voss OSB vom Ökumenischen Institut der Benediktinerabtei Niederaltaich dankte Reinhard Frieling für die jahrzehntelange ehrliche und verlässliche ökumenische Partnerschaft. Das Konfessionskundliche Institut pflege den regelmäßigen Austausch mit Partnerinstituten in Berlin, Niederaltaich/Niederbayern, Paderborn, Straßburg und Tübingen.

An dessen Lehrtätigkeit als Honorarprofessor an der Philipps-Universität Marburg erinnerte sein Fakultätskollege, Professor Dr. Hans-Martin Barth, Alt-Präsident des Evangelischen Bundes. Dabei bleibe besonders Frielings Hauptwerk, „Der Weg des ökumenischen Gedankens“ in Erinnerung. (2.634 Zeichen)

Arbeitshilfe des Paritätischen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt

Berlin, 26.07.2011/APD Der Gesamtverband des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Berlin hat die Arbeitshilfe „Schutz vor sexualisierter Gewalt in Diensten und Einrichtungen“ herausgegeben. Der Vorsitzende des Paritätischen, Dr. Eberhard Jüttner, betont im Vorwort der Broschüre: „Mädchen und Jungen sollen paritätische Einrichtungen als sichere Orte ihrer Persönlichkeitsentwicklung erfahren, in denen ihnen Mut gemacht wird, offen zu reden und sich nicht einschüchtern zu lassen und in denen ihnen keine Gewalt droht.“

Laut Arbeitshilfe sei der erste Schritt zur Prävention von sexualisierter Gewalt erst dann getan, wenn Einrichtungen und Dienste um die realen Möglichkeiten dieser Gefährdung wüssten, sich ihnen stellten und ihnen entgegenarbeiteten. „Denn Nichtwahrhabenwollen ist der beste Täterschutz!“ Als Bausteine zur Prävention gelten die Erstellung einer Risikoanalyse und ein Schutzkonzept durch den Träger einer Einrichtung, das Ansprechen des Schutzes vor sexualisierter Gewalt in allen Einstellungsgesprächen, Zusatzvereinbarungen in den Arbeitsverträgen zum Schutz von sexualisierter Gewalt, erweiterte polizeiliche Führungszeugnisse vor der Anstellung zu verlangen, Information und Beschwerdemöglichkeiten von Eltern und Kindern sowie Fortbildung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Bausteine zur Intervention sind die Dokumentation aller Beobachtungen, Hilfestellung durch die fachlichen Abteilungen der Landesverbände des Paritätischen sowie die Eckpunkte eines Notfallplans.

Ein Kapitel der Broschüre befasst sich mit einigen immer wieder gestellten Fragen. Etwa: Muss ich oder die Einrichtung Anzeige erstatten? Wie gehe ich mit der Presse um? Wann und wie darf man einem Verdächtigen kündigen? Wem darf oder sollte man einen Verdacht mitteilen? Können Schadenersatzansprüche gegen die Einrichtung geltend gemacht werden? Wo fängt Missbrauch an? Außerdem gibt es weiterführende Hinweise sowie eine „Checkliste“ zur Dokumentation und Reflexion eigener Wahrnehmungen.

Die Arbeitshilfe kann im Internet bei www.paritaet.org unter „Veröffentlichungen“ heruntergeladen werden. (1.905 Zeichen)

Berichtigung: In den APD-INFORMATIONEN, Juni 2011, wird in der Meldung „Sind Evangelikale Fundamentalisten?“ (Seite 10f.) die Stuttgarter Weltanschauungsbeauftragte Annette Kick während einer Veranstaltung beim 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden wie folgt zitiert: „Der evangelikale Christ hat sein ängstliches Herz in eine Trutzburg aus Bibelversen gesteckt.“ Richtig muss der Satz lauten: „Der *fundamentalistische* Christ ...“

APD-Zentralredaktion Deutschland

International

Große Offenheit bei Dialog zwischen Mennoniten und Adventisten

Silver Spring, Maryland/USA, 26.07.2011/APD Vom 28. Juni bis 1. Juli fand in Silver Spring, Maryland/USA, der erste theologische Dialog zwischen Mennoniten und Adventisten auf Weltebene statt. Die Beratungen zum Thema „Christsein in der heutigen Welt“ standen unter der gemeinsamen Leitung von Bischof Danisa Ndlovu, Präsident der Mennonitischen Weltkonferenz, und Pastor Dr. William G. Johnsson, Direktor des Rates für zwischenkirchliche und interreligiöse Angelegenheiten der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten.

Bei der ersten bilateralen Gesprächsrunde, die von beiden Seiten als „freundlich, informativ und offen“ bezeichnet wurde, äußerten sich die Kirchenvertreter zu verschiedenen Themen, wie Frieden, Gewaltlosigkeit und Militärdienst, Nachfolge Jesu und Nonkonformität, Gesundheit, Heilung, Ökologie sowie Wesen und Auftrag der Kirche. Den Grundsatzreferaten folgten theologische Diskussionen zu diesen Fragen.

Gemäß der gemeinsam herausgegebenen Erklärung habe die Gesprächsrunde ermöglicht, „ehrlich und offen über Herausforderungen beider Kirchen im Bereich der Nonkonformität gegenüber der Welt“ zu sprechen. Es seien auch die Schwierigkeiten angesprochen worden, in einer Kultur Zeugnis abzulegen, in welcher „der Individualismus und ein sinkendes Bewusstsein für die traditionellen Lehren und Praktiken des Christentums dominieren“.

„Die Konsultation mit den Vertretern der täuferischen Konfessionsfamilie der Mennoniten gehört zu der ergiebigsten, an denen ich teilgenommen habe“, teilte der Ko-Vorsitzende, Pastor Dr. William G. Johnsson, mit. „Mennoniten und Adventisten haben vieles gemeinsam, was Lehre und Praxis anbetrifft. Wir fanden schnell zu einem guten christlichen Miteinander.“

„Wenn wir mit Vertretern anderer Kirchen diskutieren, gewinnen wir von ihnen und ihrem Glauben ein besseres Verständnis“, betonte Pastor Dr. John Graz, Direktor für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung. „Gleichzeitig haben wir die Möglichkeit, adventistische Ansichten und Werte aus erster Hand weiterzugeben und Missverständnisse auszuräumen. Wir können dabei Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausloten, beispielsweise um die Religionsfreiheit zu fördern und zu verteidigen oder um uns für Frieden und Versöhnung einzusetzen“, so Graz.

Der Präsident der Mennonitischen Weltkonferenz, Bischof Danisa Ndlovu, dankte den Adventisten als Gastgebern der bilateralen Gespräche. „Von Menschen, die man aus der Ferne sieht, kann man nicht sagen, dass man sie kennt“, unterstrich Ndlovu. „Aber es ist ganz anders, wenn man mit ihnen zusammensitzt und Ideen austauscht. Jetzt können wir sagen: Wir kennen uns!“

Eine nächste Gesprächsrunde zwischen Adventisten und Mennoniten sei für 2012 in der Schweiz geplant. Ein Termin stehe aber noch nicht fest. Die Vertreter beider Konfessionsfamilien hätten die Wichtigkeit betont, die Gespräche fortzusetzen, um weitere theologische Fragen, wie Sabbat, Gottesdienst, Eschatologie (Lehre von den letzten Dingen) und Auslegung der Heiligen Schrift, zu behandeln.

An dem bilateralen Dialog am Verwaltungssitz der adventistischen Weltkirchenleitung in Silver Spring, Maryland/USA, nahmen neben Bischof Ndlovu seitens der Mennoniten der frühere Generalsekretär der Mennonitischen Kirche in Kanada, Robert Suderman (Winnipeg), der Arzt und Generalsekretär der Niederländischen Mennonitischen Kirche, Henk Stenvers, die Lehrerin und Gemeindegründerin in Ecuador, Patricia Uruena, die Kirchenhistorikerin und Dozentin an der Fresno Pacific University, Kalifornien/USA, Valerie Rempel, und der Neutestamentler und Friedenstheologe, Tom Yoder Neufeld, Conrad Grebel University College, University of Waterloo, Ontario/Kanada, teil.

Von adventistischer Seite waren, außer William G. Johnsson, Pastor John Graz (Silver Spring/USA), Direktor für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der Generalkonferenz, Denis Fortin, Dekan der Theologischen Fakultät der Andrews University, Berrien Springs, Michigan/USA, der Arzt Peter Landless, stellvertretender Direktor der Gesundheitsabteilung der Generalkonferenz, die Theologin und Dozentin für Neues Testament an der Andrews University, Teresa Reeve, Bert B. Beach, früherer Direktor für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der Generalkonferenz, und der Direktor des adventistischen

Seelsorgedienstes (Adventist Chaplaincy Ministries) in Nordamerika, Pastor Gary Councill (Silver Spring/USA), vertreten.

Zur Mennonitischen Weltkonferenz (MWC) zählen 99 nationale Mennonitische und „Brüder in Christus“ (Brethren in Christ) Kirchen mit insgesamt 1,5 Millionen Mitgliedern. Die Mennoniten, deren Wurzeln bis zu den Täufern in die Reformationszeit des 16. Jahrhunderts zurückreichen, sind heute weithin bekannt für ihren Einsatz als Friedensstifter, ihren Standpunkt als Kriegsdienstverweigerer und ihre Beteiligung bei der Konfliktlösung auf nationaler und internationaler Ebene. Die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist mit rund 17 Millionen erwachsen getauften Mitgliedern in 206 Ländern vertreten.

Der englische Wortlaut der "Gemeinsamen Erklärung" zum ersten Mennonitisch-Adventistischen Dialog ist im Internet abrufbar unter:
[http://www.stanet.ch/APD/pdf/2011/Dialogue_MWC_SDA_Joint_Statement_2011%20\(3\).pdf](http://www.stanet.ch/APD/pdf/2011/Dialogue_MWC_SDA_Joint_Statement_2011%20(3).pdf).
(4.719 Zeichen)

Norwegens Adventisten in Trauer und Bestürzung über Anschläge

Oslo/Norwegen, 26.07.2011/APD „Wir sind in Gedanken mit den Verwandten und Freunden derer, die auf der Insel Utøya und in Oslo verletzt oder getötete worden sind“, sagte Pastor Reidar Kvinge, Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Norwegen.

Am Freitag, 22. Juli, sind mindestens 85 Jugendliche bei einem Sommerlager der Jungsozialisten von einem 32-jährigen Norweger, der sich als Polizist verkleidet hatte, auf der Insel Utøya erschossen worden. Beim vorangegangenen Bombenanschlag im Regierungsviertel von Oslo kamen mindestens sieben Personen ums Leben. Der mutmaßliche Täter wurde verhaftet und soll ein Geständnis abgelegt haben.

Die Büros der adventistischen Kirchenverwaltung und ein Gymnasium der Freikirche liegen nur wenige Kilometer von der Insel im Tyrifjord, einem Binnensee nahe der Hauptstadt, entfernt. „Obwohl wir unverletzt sind, herrscht eine starke emotionale Betroffenheit“, berichtete Pastor Tor Tjeransen, Kommunikationsdirektor der norwegischen Adventisten. „Die brutale Tragödie, welche die jungen, begeisterten Menschen in Utøya erlitten haben, darf in Norwegen nicht dazu führen, dass Hass vorherrscht“, unterstrich Pastor Kvinge. „Trotzdem sind wir entsetzt über die grausame Missachtung menschlichen Lebens, die diese Handlungsweise offenbart.“

Der Bombenanschlag am Freitagnachmittag im Regierungsviertel von Oslo habe keine Schäden an der nahegelegenen adventistischen Betel Kirche an der Akersgata verursacht. Auf Anraten der Polizei wurde am Samstag, 23. Juli, kein Gottesdienstes durchgeführt, informierte der zuständige Ortspastor, Reidar Olsen. „Wir bitten unsere Mitglieder und Gemeinden in den Gebeten jener zu gedenken, die verletzt sind, leiden oder einen Menschen verloren haben. Als Adventisten wollen wir mit anderen die Hoffnung teilen, die wir in Jesus Christus gefunden haben“, so der Osloer Seelsorger. In Norwegen leben 4.621 erwachsen getaufte Adventisten in 62 Gemeinden.
(1.735 Zeichen)

USA: Bedürftigen mit rollender Lebensmittelhilfe ihre Würde zurückgeben

Portland, Oregon/USA, 26.07.2011/APD Am 18. Juli wurde in Portland, Oregon/USA, die „PACS COW“ (PACS-Kuh) vorgestellt, ein Anhänger für Motorfahrzeuge, der zu einem mobilen Lebensmittelwagen mit Regalen und Kühlschrank umgebaut worden war. Am Abend des Eröffnungstages konnten sich 91 bedürftige Personen kostenlos mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs in ihrem Stadtteil eindecken, wie PACS, der Gemeinschaftsdienst der Siebenten-Tags-Adventisten in Portland, mitteilte.

Es könne demütigend sein, zur Deckung der Grundbedürfnisse ständig um Hilfe bitten zu müssen, teilte PACS mit. Trotzdem müssten dies Tausende in ihrer Stadt jeden Tag tun. Es

ginge der Wohlfahrtsorganisation nicht nur um die Versorgung bedürftiger Familien mit Lebensmitteln und anderen Gütern, betonte der Gemeinschaftsdienst, sondern auch darum, den Betroffenen wieder auf die Beine zu helfen und ihnen ein Stück ihrer Würde zurückzugeben.

Zur Vermeidung von Kosten und Zeit für umständliche Busfahrten der bedürftigen Familien zum nächstgelegenen städtischen Ausgabezentrum von Lebensmitteln, versorge die „PACS-Kuh“ die Sozialhilfeempfänger in ihrem Stadtteil. Das Kuh-Design des Anhängers stamme sowohl von der Bezeichnung „PACS COW“, der Abkürzung des adventistischen Gemeinschaftsdienstes, als auch der Funktionsbezeichnung „Commodities on wheels“ (Bedarfsartikel auf Rädern), so das Hilfswerk.

PACS, der adventistische Gemeinschaftsdienst in Portland, wurde 1963 gegründet und entstand aus einer Initiative engagierter adventistischer Frauen, die sich ab 1934, in den Folgejahren der großen Depression, für Bedürftige einsetzten. PACS betreibt in Portland eine Tagesklinik für Familien, ein stationäres Nahrungsmittelverteilzentrum und ein Sozialkaufhaus für Bedürftige. Im Jahr 2010 wurden 632 Tonnen Lebensmittel ausgegeben und 370.636 Haushaltsartikel im PACS-Sozialkaufhaus zu günstigen Preisen verkauft. In der Tagesklinik wurden 1.284 Patienten behandelt, die nicht krankenversichert waren. PACS engagiert sich auch als Interessenvertreter und Vermittler von Bedürftigen gegenüber Immobilienfirmen, Krankenhäusern und Ärzten.

Wie der „UK Economist“ schreibt, seien vierzehn Prozent der Amerikaner in einer so verzweifelten wirtschaftlichen Lage, dass sie Lebensmittelmarken der Regierung für Grundnahrungsmittel beziehen müssten. Seit der Wirtschaftskrise sei die Zahl jener, die Nahrungsmittelhilfe benötigen von 25 auf 48 Millionen Personen gestiegen. Um die anstehende US-Budgetkrise zu bewältigen, hätten die Republikaner vorgeschlagen, das Lebensmittelmarken-Programm im Umfang von 65 Milliarden US-Dollar um 20 Prozent zu reduzieren, so der „UK Economist“.

(2.384 Zeichen)

Häftlingsdienst der Adventisten in Simbabwe erreicht ein Drittel der Insassen

Bulawayo/Simbabwe, Silver Spring/USA, 26.07.2011/APD Vor sechs Jahren begann laut Adventist News Network (ANN) das adventistische Ehepaar Luxon und Charity Zembe mit der Unterstützung von zwölf Freiwilligen der Abteilung Frauen ihrer Kirche in der Jugendvollzugsanstalt Hwahwa bei Gweru, in der geographischen Mitte Simbawwes, einen Häftlingsdienst. Mit ihrem selbst finanzierten Gefangenendienst würden die beiden Geschäftsleute „die Insassen mit Sanitärartikeln und Kleidung versorgen, stellten Schulmaterial zur Verfügung und finanzierten auch Schulgelder, wenn diese das Gefängnis verlassen“, berichtete ein Mitarbeiter der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Bulawayo gegenüber dem APD.

Mit Ausnahme der zwei Hochsicherheitsgefängnisse des Landes sei der Gefangenendienst inzwischen in allen 43 Haftanstalten des Landes aktiv. Die Mitarbeitenden des Dienstes ermöglichten den Insassen den Zugang zu den adventistischen TV-Sendungen des „Hope Channels“, feierten mit ihnen Gottesdienste und erteilten auf deren Wunsch inzwischen einem Drittel aller Straftäter biblischen Unterricht, heißt es im Bericht. Demnach hätten Evaluationen des adventistischen Gefangenendienstes durch die Strafvollzugsbehörden eine deutliche Verringerung der Rückfälligkeit bei jenen Häftlingen gezeigt, die am Programm teilnahmen.

Es sei zwar nicht einfach, Freiwillige aus der adventistischen Kirche zur Mitarbeit zu gewinnen, denn Gefangene und Entlassene würden gesellschaftlich von ihren Familien und Freunden geächtet, betonte der Initiator des Programms, „trotzdem konnten viele Straftäter durch unsere Schulung und die Arbeit der Freiwilligen rehabilitiert und wieder in ihre Familien aufgenommen werden.“

Letztes Jahr sei ein Gefangenen-Gospelchor der Hauptstadt Harare in den Charts der Musikvideos Simbabwe auf Platz zwei gelegen, so Geschäftsmann Zembe. Dieser Erfolg habe die Wahrnehmung und Einstellung gegenüber Straftätern wesentlich verbessert. Die Leute würden verwundert fragen: „Was, solche Lieder singen die Gefangenen?“

Laut Zembe übernehmen jeweils adventistische Kirchgemeinden aus der Umgebung eine „Gefängnispatenschaft“. „Das gibt der ganzen Arbeit Nachhaltigkeit.“ Kürzlich hätten die Strafvollzugsbehörden Simbawwes die Adventisten gebeten, in jedem Gefängnis einen vollzeitlichen Gefängnisseelsorger anzustellen. Das werde aber kaum möglich sein, sagte der Initiator des Dienstes, da jeder Pastor bereits jetzt durchschnittlich 20 Kirchengemeinden und kirchliche Gruppen zu betreuen habe.

Von den rund zwölf Millionen Einwohnern in Simbabwe, haben sich 616.875 durch die Erwachsenentaufe der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten angeschlossen. Die Adventisten feiern den Gottesdienst in 1.180 Kirchen und rund 2.000 Gruppen, unterhalten eine Zahnklinik, neun medizinische Kliniken, eine Universität, 75 Grundschulen mit 33.600 Schülern und ein Kinderheim. (2.590 Zeichen)

Lebenslänglich für Täter bei Massaker in adventistischer Kirche in Ruanda

Den Haag/Niederlande, 26.07.2011/APD Ein Berufungsgericht in Den Haag/Niederlande verurteilte am 7. Juli den seit 1998 in den Niederlanden lebenden ruandischen Asylbewerber, Joseph Mpambara (43), wegen zahlreicher brutaler Morde an Angehörigen des Tutsi-Volksstammes, die er 1994 während der dreimonatigen Massaker in Ruanda begangen hat, für seine Beteiligung am Völkermord zu lebenslanger Haft.

Das Berufungsgericht bestätigte das Urteil der ersten Instanz aus dem Jahr 2009, als Mpambara zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde. Zusätzlich zu jenen Verbrechen wurde er für schuldig befunden, ein Ambulanzfahrzeug angegriffen zu haben, in dem Tutsis flüchteten, einen deutschen Arzt, dessen ruandische Frau und ihr Kind stundenlang mit dem Tod bedroht sowie zwei Tutsi-Frauen und deren vier Kinder entführt und zu Tode gefoltert zu haben.

Seine „bereitwillige“ Beteiligung am Massaker Hunderter Tutsis, die sich zum Schutz vor ihren Häschern in die Kirche und das Krankenhaus der Adventisten im westruandischen Mugonero geflüchtet hatten und bestialisch „abgeschlachtet“ wurden, wertete der Vorsitzende Richter Raoul Dekkers als Beteiligung am Völkermord. Dafür könne es nur lebenslänglich geben, urteilten die drei Richter.

„Sie waren an vorderster Front beim Angriff auf dem Gelände der Siebenten-Tags-Adventisten beteiligt“, stellte der Richter Raoul Dekkers dem Angeklagten gegenüber fest. „Sie und andere haben diese Menschen erschossen, sie mit Buschmessern, Knüppeln und anderen Waffen angegriffen. Viele Hunderte der Opfer wurden massakriert und verwundet.“ Von zwei Anklagen wegen Vergewaltigung wurde Mpambara frei gesprochen. Das Berufungsgericht in Den Haag stufte diesen Fall als eines der schwersten Verbrechen ein, über das ein niederländisches Strafgericht seit dem Zweiten Weltkrieg habe urteilen müssen. Dieses Urteil gebe ein Abschreckungssignal für derartige Verbrechen.

Laut UN-Angaben sind zwischen April und Juli 1994 im ostafrikanischen Ruanda rund 800.000 Menschen, vorwiegend Tutsis, aber auch gemäßigte Hutus, umgebracht worden. (1.839 Zeichen)

Erklärung zur Gewaltanwendung gegenüber Homosexuellen

Utrecht/Niederlande, 26.07.2011/APD Der Vorstand der Freikirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in den Niederlanden hat in einer Erklärung im Zusammenhang mit dem

Internationalen Tag gegen Homophobie die Gewalt an Homosexuellen einstimmig verurteilt. Mit Homophobie wird die irrationale Angst oder Feindseligkeit gegenüber Schwulen und Lesben bezeichnet.

Homosexuelle Männer und Frauen erlebten wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung subtile als auch handfeste Formen der Gewalt, heißt es in der Mitteilung der niederländischen Adventisten. Sie würden zusammengeschlagen, schikaniert, drangsaliert und beschimpft. Gelegentlich würden ihre Autos beschädigt, hasserfüllte Parolen auf ihre Häuser geschmiert, und an vielen Orten trauten sie sich nicht, offen zu ihrer Homosexualität zu stehen.

„Obwohl wir Homosexualität nicht alle gleich einschätzen, sind wir uns einig, dass jeder Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen und deshalb wertvoll ist“, steht in der Erklärung. „Deshalb sollten sich die Menschen gegenseitig mit Würde, respektvoll, friedlich und liebevoll behandeln.“ Gewalt gegen Homosexuelle sei in jeder Form völlig unakzeptabel. „Die Menschenwürde der Homosexuellen hat auch in unserer Kirche durch lieb- und gefühlloses Verhalten Schaden genommen“, so die Erklärung. „Wir wollen die Würde jedes Menschen verteidigen und rufen die Gottesdienstbesucher unserer Kirchen auf, sich in keiner Weise an Aufrufen oder Gewaltanwendungen gegenüber Homosexuellen zu beteiligen. Kirchen wollen, entsprechend dem Vorbild Jesu, Orte der Offenheit und des Verstehens sein sowie allen Zuflucht bieten, was Homosexuelle mit einschließt. Wir werden in Gesprächen innerhalb unserer weltweiten Kirche und bei Kontakten mit Vertretern anderer Konfessionen gegen Homophobie, Hass und Gewalt an Homosexuellen eintreten.“

In den Niederlanden feiern 4.898 erwachsen getaufte Adventisten in 54 Kirchgemeinden Gottesdienste. Sie unterhalten eine Grundschule mit 265 Schülern, einen Verlag, ein Altenheim und ein Haus für „Betreutes Wohnen“.

(1.823 Zeichen)

Waldenserkirche bittet für homosexuelles Paar um Segen Gottes

Mailand/Italien, 26.07.2011/APD Bei einer einfachen Zeremonie im Rahmen eines Sonntagsgottesdienstes haben sich in der evangelischen Waldenserkirche (Chiesa Evangelica Valdese/CEV) in Mailand zwei Männer versprochen, in Treue, Solidarität und Verantwortung zusammenzuleben, worauf die waldensische Pfarrerin, die das Paar seit einem Jahr begleitet, um den Segen Gottes betete.

„Nach unserem Verständnis kann die Kirche weder hetero- noch homosexuelle Paare segnen“, sagte Giuseppe Platone, waldensischer Pfarrer in Mailand, gegenüber dem APD, „sondern nur um den Segen Gottes bitten. Segnen kann Gott allein.“

Einer der beiden Männer sei Mitglied der Waldenserkirche in Mailand und lebe seit sieben Jahren mit seinem methodistischen Partner zusammen, so der Pfarrer. Die Waldenserkirche habe nicht die Absicht, für externe gleichgeschlechtliche Paare um den Segen Gottes zu bitten. Dieses Bittgebet sei eine Antwort auf die besondere Lebenssituation eines ihrer Mitglieder in Mailand gewesen und lange vorbereitet worden. Mehr als 1.000 Kirchenmitglieder hätten einen umfangreichen Fragebogen zur Thematik ausgefüllt. Die Frage nach dem Bittgebet für homosexuelle Paare sei dabei von der Mehrheit positiv beantwortet worden, betonte Platone. Die Synode habe die Zustimmung der lokalen Kirchengemeinde zur Bedingung für das Bittgebet gemacht.

Die 50.000 Mitglieder zählende Chiesa Evangelica Valdese/CEV – es handelt sich um eine Kirchenunion von Waldensern und Methodisten – hatte sich im August 2010 bei einer Synode für eine Segnung homosexueller Paare ausgesprochen, wie Kathpress mitteilt. Die Kirche sei „durch Worte und Handeln Jesu zur Offenheit gegenüber jeder Lebensentscheidung ver-

pflichtet, die von der Liebe als einem frei und bewusst gelebten und angenommenen Geschenk Gottes gestaltet“ sei, so die Synode. (1.625 Zeichen)

Keine christliche Mission ohne christliche Ethik

Empfehlungen für einen Verhaltenskodex für rund zwei Milliarden Christen

Genf/Schweiz, 26.07.2011/APD „Heute Nachmittag schreiben wir Geschichte“, sagte Kardinal Jean-Louis Tauran am 28. Juni anlässlich der Vorstellung des siebenseitigen Dokuments „Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt“ im Ökumenischen Zentrum in Genf. Das Dokument wurde in fünfjähriger Arbeit durch den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), den Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog (PCID) und die Weltweite Evangelische Allianz (WEA) erarbeitet. Die drei Kirchenorganisationen vertreten gemeinsam weltweit rund zwei Milliarden Christen.

Zunehmende interkonfessionelle und interreligiöse Spannungen bildeten den Anlass für das Dokument, das „Empfehlungen für einen Verhaltenskodex“ von Christen untereinander und bei Missionsbemühungen gegenüber Menschen mit einer anderen oder keiner Religion enthält. Christliche Kirchen, Kirchenbünde und Missionsgesellschaften sollten auf Grund des Dokuments angeregt werden, ihre Bekehrungsaktivitäten in Wort und Tat zu überdenken und nötigenfalls anzupassen.

Prinzipien christlicher Mission

„Es darf keine christliche Mission ohne christliche Ethik geben“, sagte Dr. Geoff Tunnicliffe, Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), anlässlich der Vorstellung des Dokuments im ÖRK-Zentrum. Die zwölf Prinzipien in der Mitte des Dokuments konkretisierten die Ethik, welche die Verkündigung der christlichen Botschaft bestimmen solle. Diese Grundsätze bildeten einen Ethikkodex für alle Christen, der noch nie so deutlich ausgesprochen worden sei, so Tunnicliffe. „Christliches Zeugnis erfordert christliches Verhalten“, betonte Pfarrer Dr. Olav Fyske Tveit, ÖRK-Generalsekretär.

Mit Bezug auf die Bibelstelle in 1. Petrus 3,15-16, sei das Vermitteln der christlichen Hoffnung gegenüber anderen Menschen sowie das Bezeugen von Jesus Christus eine Freude und ein Privileg für jeden Christen, schreiben die Autoren. Wer von Jesus Christus Zeugnis gebe, müsse dies aber auch in der Art und Weise Jesu tun: In Freundlichkeit, Respekt, Integrität, Barmherzigkeit und Demut. Jegliche Form der Gewaltanwendung bei Bekehrungsbemühungen, auch in Form von psychischem oder gesellschaftlichem Druck, Missbrauch von Macht, Diskriminierung oder Benachteiligung, müsse zurückgewiesen werden. Das gelte auch für das in Aussicht stellen materieller Vorteile oder das Ausnützen von Notsituationen. Christliche Mission bestehe in der Verkündigung des Reiches Gottes, dem Dienst am Nächsten, im Einsatz für gerechte Verhältnisse und in der Selbsthingabe für Andere, die Jesus letztlich ans Kreuz gebracht habe, so das Dokument.

„Die christliche Botschaft müssen wir trotz unserer Trennungen ohne alle Kompromisse verkünden“, betonte Kardinal Jean-Louis Tauran, Präsident des PCID, in seiner Kurzansprache bei der Präsentation des Dokuments. „Wir dürfen sie aber niemals jemandem aufdrängen.“

Kritik an christlichen Konfessionen und anderen Religionen

Arroganz und Herablassung gegenüber anderen sowie deren Verunglimpfung müssten überwunden werden. „Alle Anmerkungen oder kritischen Anfragen sollten in einem Geist des gegenseitigen Respekts erfolgen“, schreiben die drei christlichen Organisationen. Dabei solle sichergestellt werden, dass Falschaussagen über andere Religionen unterblieben. Interkonfessionelle und interreligiöse Dialoge böten eine gute Gelegenheit, sich gegenseitig besser kennenzulernen, sich zu versöhnen und sich gemeinsam für das Gemeinwohl einzusetzen, empfehle das Dokument.

Religionsfreiheit

„Religionsfreiheit beinhaltet das Recht, seine Religion öffentlich zu bekennen, auszuüben, zu verbreiten und zu wechseln. Diese Freiheit entspringt unmittelbar aus der Würde des Menschen, die ihre Grundlage in der Erschaffung aller Menschen als Ebenbild Gottes hat“, halten die Kirchenorganisationen fest. Daraus folge, dass alle Menschen gleiche Rechte und Pflichten hätten. Wenn eine Religion für politische Zwecke benützt werde oder wo es religiöse Verfolgung gebe, seien Christen aufgerufen, sich mit ihrem prophetischen Zeugnis zu engagieren und solche Handlungen zu verurteilen.

Bekehrung

Christen könnten Zeugnis von ihrem Glauben geben, so Kardinal Jean-Louis Tauran. „Bekehrung ist aber nicht mach- oder programmierbar.“ Bekehrung sei ein Geheimnis, bei dem die Freiheit Gottes auf die des Menschen treffe. Es sei und bleibe aber die Aufgabe der Christen, andere Menschen zum Glauben an Jesus Christus einzuladen.

2006, während der ersten der drei Konsultationen zur Erarbeitung des Dokuments, sei Wesentliches zu Bekehrungsbemühungen gesagt worden, steht im Anhang des Dokuments. Eine Aussage jener Konsultation im italienischen Lariano habe gelautet: „Wir bekräftigen, dass jeder Mensch das Recht hat, für Verständnis des eigenen Glaubens zu werben, die Ausübung dieses Rechts jedoch nicht auf Kosten der Rechte und religiösen Empfindungen anderer gehen darf. Religionsfreiheit legt uns allen die nicht verhandelbare Verantwortung auf, andere Glaubensrichtungen zu respektieren und sie niemals zu diffamieren, herabzuwürdigen oder falsch darzustellen, um dadurch die Überlegenheit unseres eigenen Glaubens zu betonen.“

Betreffs der Außenwirkung des Dokuments schliesse er auf Grund erster Rückmeldungen, dass es Einfluss auf die Anti-Bekehrungs- und Blasphemie-Gesetzgebung in gewissen Staaten habe, sagte WEA-Generalsekretär Tunnicliffe. Im interkonfessionellen Dialog habe die Arbeit an diesem Dokument eine neue Brücke zwischen den drei beteiligten Organisationen gebaut, die sie weiterhin benützen wollten.

„Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt“ steht in Deutsch, Englisch, Spanisch und bald auch in Französisch auf der Website des ÖRK zum Download bereit: <http://tinyurl.com/68llx27> (Deutsche Version). (5.075 Zeichen)

Beschwerden gegen Schweizer Minarett-Bauverbot unzulässig

Straßburg/Frankreich, 26.07.2011/APD Die Mehrheit der sieben Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg/Frankreich wies die Beschwerden eines Muslim und von muslimischen Gruppen gegen das Minarett-Bauverbot in der schweizerischen Bundesverfassung als unzulässig ab.

Die Beschwerdeführer könnten nicht behaupten, „unmittelbare Opfer“ oder „indirekte“ beziehungsweise „potenzielle Opfer“ einer Konventionsverletzung (Artikel 34 der Konvention) zu sein, da sie nicht argumentiert hätten, in nächster Zeit eine Moschee mit Minarett bauen zu wollen, begründeten die Richter ihren Entscheid. Es lägen auch keine außergewöhnlichen Umstände vor, welche die Beschwerdeführenden zu potenziellen Opfern machen könnten.

Am 29. November 2009 nahmen 57,5 Prozent der stimmberechtigten Schweizer sowie 17 Kantone und fünf Halbkantone in einer Volksabstimmung die Minarett-Initiative an. Damit war der Verfassungszusatz (Artikel 72 Absatz 3) angenommen, der lautet: „Der Bau von Minaretten ist verboten.“

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wurde 1959 in Straßburg von den Mitgliedstaaten des Europarats errichtet, um die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 sicherzustellen. (1.129 Zeichen)

„Dieses Unkraut in unseren Landen auswurzeln“

Zum 300. Jahrestag des großen Täufer-Exodus aus dem Kanton Bern

Liestal/Schweiz, 26.07.2011/APD Am 13. Juli 2011 jährte sich zum 300. Mal der große Berner Täufer-Exodus, bei dem etwa 350 einheimische Täuferinnen und Täufer auf Druck der Berner Obrigkeit ihre Heimat für immer in Richtung Carolina, Amerika, zu verlassen hatten.

Als Täufer werden Mitglieder einer reformatorischen Bewegung bezeichnet, die im Rahmen des religiösen Erneuerungsprozesses im 16. Jahrhundert auftauchen. Ihre wortgetreue Auslegung des Neuen Testaments führte zu Unterschieden in Lehre und Praxis gegenüber der im Kanton Bern vorherrschenden reformierten Kirche, unter anderem im Taufverständnis. Die Täufer vollziehen keine Säuglingstaufe, sondern ausschließlich die Erwachsenentaufe.

Die „Täufer-Ausschaffung“ von 1711 habe den vorläufigen Höhepunkt in einer langen Reihe von Bestrebungen der Berner Behörden dargestellt, das eigene Territorium „täuferfrei“ zu machen, informierte Hanspeter Jecker, Dozent für Kirchengeschichte und Ethik am Theologischen Seminar Bienenberg, Liestal, in einer Pressemitteilung. Der Bernische Große Rat habe 1709 in einer Sitzung bezüglich des Kampfes gegen die Täufer gehofft, „dieses Unkraut völlig ausreuten zu können“.

Demnach seien die Täufer von Anfang an als Ketzer und Scheinheilige gebrandmarkt worden. Ihre auf religiösen Gründen basierende Verweigerung des Waffen- und Kriegsdienstes habe sie in den Augen der Behörden zu staatsbedrohenden Rebellen gemacht, die eliminiert werden sollten. Dieser kirchlich-religiösen Nonkonformisten habe man sich in der „Wiedertäufer-Ordnung“ von 1707 „entladen“ und „dieses unkraut in unseren lande auswurzeln“ wollen, so Jecker.

Die Mennoniten, eine Richtung der Täuferbewegung, habe die niederländische Regierung zu einer äußerst aufwändigen diplomatischen Intervention zugunsten der eingekerkerten bernischen Täufer veranlasst, so der Bericht. Nach der Amnestie hätten am 13. Juli 1711 die 350 ausreisewilligen Frauen, Kinder und Männer mit ihren Bewachern die Aarestadt in fünf Booten Richtung Basel und Niederlande verlassen. Nach der Ankunft in Nijmegen habe das Wort des niederländischen Kanzlers Fagel Gültigkeit gehabt: „Sobald ein Mensch den Fuß in dieses Land setzt, ist er frei.“ Es habe ausgetriebene Täufer gegeben, die sich auf den Weg zurück nach Hause gemacht hätten, andere seien zu Glaubensgenossen in die Pfalz gegangen und ein weiterer Teil habe sich in den Niederlanden angesiedelt.

„Beim Kampf gegen das Täuferum arbeiteten die politischen und kirchlichen Behörden meist eng zusammen“, schreibt Hanspeter Jecker. „Landvogt und Pfarrer waren zentrale Figuren für die Durchsetzung der obrigkeitlichen Maßnahmen auf der Landschaft.“

Für die Täufer bilde die ganze Bibel, Altes und Neues Testament, die Grundlage ihres Glaubens. Darin seien für sie neben dem Sakramentsverständnis (Taufe und Abendmahl) weitere wichtige Konzepte enthalten, wie Gewaltlosigkeit, Religions- und Gewissensfreiheit, Trennung von Kirche und Staat sowie Gütergemeinschaft. (2.666 Zeichen)

Europäische Sonntagsallianz in Brüssel gegründet

Brüssel/Belgien, 26.07.2011/APD Am Sitz des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) in Brüssel wurde am 20. Juni im Rahmen einer Expertenkonferenz zum Sonntagsschutz die Europäische Sonntagsallianz gegründet. Sie ist ein Netzwerk bereits bestehender nationaler Sonntagsallianzen, Gewerkschaften, kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Privatleben sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts

einsetzen. Gleichzeitig fordere die Allianz auch die Verankerung des arbeitsfreien Sonntags in der neu auszuhandelnden Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) auf EU-Ebene.

Die „erste europäische Konferenz zum Schutz des arbeitsfreien Sonntags“ am 24. März 2010 im Europäischen Parlament in Brüssel habe den Auftakt zur Gründung der Europäischen Sonntagsallianz gebildet, teilte das Netzwerk mit. Die Vertreter der kooperierenden Organisationen hätten eine Gründungserklärung zur Schaffung der Allianz formuliert, in der „gerechte, gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen“ gefordert würden, wie auch „das Recht auf eine Begrenzung der Höchstarbeitszeit, auf tägliche und wöchentliche Ruhezeiten sowie auf bezahlten Jahresurlaub“.

Ein arbeitsfreier Sonntag und angemessene Arbeitszeiten seien ein hohes Gut für die Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa, heißt es in der Gründungserklärung der Allianz. Arbeitnehmer hätten das Recht auf angemessene Arbeitszeiten, „die prinzipiell den späten Abend, die Nächte, die gesetzlichen Feiertage sowie die Sonntage von der Regelarbeitszeit“ ausnähmen.

Sonntagsarbeit nachteilig für Gleichgewicht von Berufs- und Privatleben

Die von der Europäischen Kommission bei Deloitte Consulting in Auftrag gegebene Studie belege, dass nicht standardisierte Arbeitszeiten die sozialen Rhythmen durcheinanderbrächten, was zu vermehrtem Stress und zu Krankheiten bei den Beschäftigten führe. Nicht nachhaltige Arbeitszeitmuster stellten im Zusammenhang mit geringfügiger Beschäftigung eine wesentliche Quelle für das zunehmende Phänomen der Armut trotz Arbeit (working poor) in Europa dar.

Sonntagsarbeit wirke sich nachteilig auf das Gleichgewicht von Berufs- und Privatleben aus (work-life-balance), betonte die „Allianz für den freien Sonntag Österreich“, eine der führenden nationalen Akteure, anlässlich der Gründung des Europäischen Netzwerks in Brüssel. Ein Ersatzruhetag während der Woche könne diese negativen Effekte nicht aufwiegen. Menschen, die an Sonntagen oder zu unregelmäßigen Zeiten arbeiteten, täten dies aus finanzieller Notwendigkeit und nicht aus freier Wahl. Ein gemeinsamer wöchentlicher Ruhetag bilde den Bezugspunkt für die Zeitgliederung in Staat und Gesellschaft und einen kollektiven Zeitrhythmus in allen EU-Mitgliedsstaaten, was den sozialen Zusammenhalt stärke.

Reaktionen auf die Gründung der Europäischen Sonntagsallianz

Der römisch-katholische Linzer Altbischof und einstige Referatsbischof für Soziale Fragen in der Österreichischen Bischofskonferenz, Maximilian Aichern, zeigte sich im Vorfeld der Gründung der Europäischen Sonntagsallianz laut Kathpress in einer Stellungnahme für das Kommunikationsbüro der Diözese Linz erfreut: „Der freie Sonntag ist das älteste Sozialgesetz der christlich-jüdischen Zivilisation, begründet im Alten Bund (3. der 10 Gebote Gottes). Das gemeinsame Rasten, die sozialen Kontakte und das Lob Gottes sind bedeutsamste christliche Werte, die für die Menschenwürde wohl unabdingbar sind.“

„Der Kampf für den arbeitsfreien Sonntag in Europa muss auf allen Ebenen, ob national, regional oder lokal, geführt werden“, betonte Hannes Kreller, Arbeitsexperte der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung (KAB) in Deutschland. Mit der Gründung der Europäischen Sonntagsallianz sollten einerseits die Aktivitäten vernetzt und andererseits der Druck auf das EU-Parlament und die EU-Kommission erhöht werden, unterstrich die KAB.

Juden und auch die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten feiern nicht den Sonntag, sondern den Samstag (Sabbat) als biblischen Ruhetag. Zur Anfrage des APD, wie der European Jewish Congress (EJC) die Gründung der Europäischen Sonntagsallianz einschätze, gab es keine Stellungnahme.

Seitens der Siebenten-Tags-Adventisten nahm Pastor Raafat Kamal, Abteilungsleiter für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der nordeuropäischen Freikirchenleitung mit

Sitz in St. Albans bei London, an der Expertenkonferenz zum Sonntagsschutz in Brüssel teil. Er äußerte: „Wir unterstützen die Auffassung, dass der Mensch einen Tag der Ruhe braucht, um ein Gleichgewicht im Berufs- und Privatleben zu erreichen und damit die Gesundheit sowie Sicherheit der Arbeitnehmer zu erhalten. Uns ist aber auch wichtig, dass diejenigen, für die der Sonntag kein religiöser Ruhetag ist, mit ihrer Auffassung respektiert und toleriert werden. Ich hoffe, dass die Partner der Europäischen Sonntagsallianz, die das Bewusstsein für den Wert gemeinsamer freier Sonntage in den europäischen Gesellschaften zu wecken versuchen, sowohl die Pluralität der Länder der Europäischen Union zu schätzen wissen, als auch die Notwendigkeit, jene mit einer anderen religiösen Überzeugung und Praktik, zu achten.“ Kamal vertraue darauf, dass die Lobby-Kampagne zum Schutz eines arbeitsfreien Sonntags nicht durch Eskalation zu Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen führen werde.

(4.757 Zeichen)

Sonntagsallianz: Experte fordert Ruhetagsschutz für alle Religionen

Auch Ruhetag der Juden, Adventisten und Muslime soll garantiert sein

Silver Spring, Maryland/USA, 26.07.2011/APD „Der arbeitsfreie Sonntag sollte nicht in der EU-Arbeitszeitrichtlinie verankert werden. Es wäre besser, die Rechte der Mitglieder jeder Religion zu schützen, an ihrem Ruhetag nicht arbeiten zu müssen“, kommentierte Pastor Dr. John Graz (Silver Spring, Maryland/USA), Direktor für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, die Forderungen der Europäischen Sonntagsallianz gegenüber dem APD. „Sollte wieder ein entsprechender Vorschlag unterbreitet werden, müsste er dahingehend erweitert werden, dass er den Schutz auch für jene einschließt, die einen anderen Ruhetag halten“, betonte Graz in einem Kommentar für Adventist News Network (ANN).

Am 20. Juni erhob die an diesem Tag gegründete Europäische Sonntagsallianz am Sitz des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) in Brüssel die Forderung, den Sonntag in den EU-Staaten als arbeitsfreien Tag zu bezeichnen. Laut der Sonntagsallianz könnten damit gesündere Familien, ein ausgeglichenerer Lebensstil für alle und ein besserer Zusammenhalt in der Gesellschaft erreicht werden.

Neben diesen leicht nachvollziehbaren Zielen, könnten auch viele weitere traditionelle und historische Gründe angeführt werden, um den Sonntag in Europa als allgemeinen arbeitsfreien Tag zu begründen, so Graz. Die Festlegung eines Wochentages als „offizieller“ arbeitsfreier Tag, berge aber schwerwiegende Probleme.

Der Experte für Religionsfreiheit führte die 13 Millionen Muslime in Europa an, die am Freitag die Moschee besuchten oder die Jüdische Glaubensgemeinschaft und die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die beide gemeinsam den siebten Wochentag, den Samstag (Sabbat), als biblischen Ruhetag feierten, der bereits im Schöpfungsbericht der Heiligen Schrift verwurzelt sei. Der Sonntag als offizieller arbeitsfreier Tag entfremde die Glaubensgemeinschaften voneinander und fördere schwerlich den Zusammenhalt im pluralistischen Europa, ganz zu schweigen von den absehbaren gerichtlichen Auseinandersetzungen, so Graz.

Er teile das grundsätzliche Anliegen der Europäischen Sonntagsallianz, so der Fachmann für Religionsfreiheit, wonach ein wöchentlicher Ruhetag für die Gesundheit und die sozialen Beziehungen förderlich sei. „Ebenso wichtig ist aber auch das Recht aller Menschen, ihr Leben so einzurichten, dass es mit ihren religiösen Überzeugungen übereinstimmt“, sagte Graz. „Dieses Recht wird in verschiedenen internationalen Abkommen verbrieft. Es ist ein grundlegender, nicht verhandelbarer Aspekt der Menschenwürde.“ Er fordere deshalb die Mitglieder der Europäischen Sonntagsallianz auf, ihre Initiative dahingehend zu erweitern, dass nicht nur allen ein arbeitsfreier Ruhetag pro Woche garantiert werde, sondern dass auch alle das Recht hätten, so zu leben, anzubeten und zu ruhen, wie es ihrem Gewissen entspreche.

Die Europäische Sonntagsallianz ist ein Netzwerk bereits bestehender nationaler Sonntagsallianzen, Gewerkschaften, kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Privatleben sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts einsetzen. (2.959 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

ADRA Deutschland bittet um Spenden für Hungernde in Ostafrika

Weiterstadt bei Darmstadt, 26.07.2011/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland bittet um Spenden für die hungemden Menschen in Ostafrika. Auch ADRA Deutschland beteiligt sich an den Hilfsmaßnahmen. Geplant seien Trinkwasser-Lieferungen und die Einrichtung von Zisternen.

Laut Angaben des Welternährungsprogramms (WFP) der Vereinten Nationen seien zehn Millionen Menschen in Äthiopien, Djibouti, Kenia, Somalia und Uganda akut vom Hunger bedroht. Davon wären zwei Millionen Kinder unter fünf Jahren unterernährt, und 500.000 von ihnen kämpften ums Überleben, teilte UNICEF mit.

Die größte Dürre seit 1951, weltweit steigende Lebensmittelpreise (25 Prozent in Kenia von Januar bis April), hohe Inflationsraten (14 Prozent in Kenia), bewaffnete Konflikte, Missernten, Unterernährung, ausgetrocknete Brunnen und verendende Viehherden hätten zur katastrophalen Situation am Horn von Afrika beigetragen. Viele Menschen suchten Hilfe in den bereits hoffnungslos überfüllten Flüchtlingslagern.

„Wir sind nicht erst seit Kurzem in dieser Region tätig“, betonte Marie-Jo Guth, Mitarbeiterin der Nothilfeabteilung von ADRA International. „Wir kennen die Bedürfnisse der dortigen Bevölkerung und wissen, wie man ihnen helfen kann“, unterstrich die ADRA-Mitarbeiterin nach ihrer Rückkehr aus dem Hungergebiet. Das weltweite ADRA-Netzwerk, der Zusammenschluss von ADRA-Landesbüros, koordiniere über das Regionalbüro in Kenia die Hilfe für Äthiopien, Kenia, Somalia und Uganda, um insgesamt 85.000 Betroffene mit Wasser, Nahrungsmitteln und Nothilfegütern zu versorgen sowie die Verbreitung ansteckender Krankheiten zu bekämpfen.

Äthiopien

Im Osten Äthiopiens plant ADRA, die Bevölkerung per Tanklastwagen mit Wasser zu versorgen, Tierfutter zu liefern und tierärztliche Hilfe anzubieten, um den Bauern, die in jener Gegend von der Viehzucht lebten, die Existenz zu sichern.

Kenia

Hunderttausende seien vor der Hungersnot aus Somalia nach Kenia oder Äthiopien geflüchtet. Dort hätten sich riesige Flüchtlingslager gebildet. „Nach mehrwöchigen Fußmärschen sind die Menschen völlig erschöpft. Insbesondere die Kinder befinden sich im Zustand schwerster Unterernährung. Viele sind bereits auf der Flucht verhungert“, sagte ein Mitarbeiter von Caritas in Nairobi.

Um die Verbreitung ansteckender Krankheiten bei den Flüchtlingen zu bekämpfen, werde ADRA Latrinen bauen, teilte das Hilfswerk mit. Den Bewohnern der Camps würden auch Schutzplanen, Schlafmatten, Tücher, Moskitonetze, Wasserkanister, Küchenbedarf und Chlortabletten ausgehändigt.

Neben der Hilfe in den Flüchtlingslagern versorge ADRA Kenia 800 Haushalte in Kasaala im Osten des Landes per Tanklastwagen mit Wasser und verteile Nahrungsmittelpakete, die

zusätzliche Rationen für schwangere oder stillende Mütter und für unterernährte Kinder enthielten. Des Weiteren sei vorgesehen, vier Brunnen zu graben und Wasser in Tanklastwagen zu liefern, so das ADRA-Netzwerk.

Somalia

Laut ADRA Deutschland beteilige sich das Hilfswerk in der Region Nugal im Nordosten Somalias an einer drei Monate dauernden Versorgung von 10.000 Menschen mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln. Gleichzeitig sollten Brunnen wiederhergestellt und unterirdische Wassertanks saniert werden.

Die militante Al-Shabab-Miliz hatte 2010 ADRA und anderen Hilfswerken die Arbeit im von ihr kontrollierten Gebiet verboten. Die Miliz habe die Hilfsorganisationen nun eingeladen, zur Bekämpfung des Hungers ihre Tätigkeit in ihrem Gebiet wieder aufzunehmen, teilte ADRA mit. Die Situation werde gründlich geprüft, bevor es sich wieder engagiere, so das Hilfswerk.

Uganda

Wegen Wassermangels seien Hunderttausende Ugander vom Tod bedroht, berichtete ADRA. Das Hilfswerk werde 55.000 Betroffene in der Karamoja Region im Nordosten Ugandas mit Nahrungsmitteln, Wasser und weiteren Hilfsgütern versorgen.

Am Nothilfeinsatz für die Hungernden in Ostafrika beteiligten sich die ADRA-Organisationen Deutschland, Österreich, Schweiz, Großbritannien und International.

ADRA Deutschland bittet um Spenden auf das Konto 2000 702 09 bei der Commerzbank Darmstadt (BLZ 508 800 50) mit dem Vermerk „Hungernot/Dürre in Ostafrika“.

(3.668 Zeichen)

Flüchtlingshilfe in der Elfenbeinküste und in Liberia

Wahroonga/Australien, Silver Spring/USA, 26.07.2011/APD Die massiven, viermonatigen internen Wirren in der Elfenbeinküste, ausgelöst durch eine umstrittene Präsidentenwahl im November 2010 sowie sich bekämpfende politische Parteien, haben eine Million Menschen als Binnenflüchtlinge im eigenen Land oder in angrenzenden Staaten, wie Liberia, in die Flucht getrieben. Mit Nothilfeprojekten unterstütze die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA beide Flüchtlingsgruppen, teilte das Hilfswerk mit.

Nothilfe für Binnenflüchtlinge in der Elfenbeinküste

ADRA Australien helfe 20.000 Bürgerkriegsflüchtlingen, die sich im Slum von Yopougon, einem Stadtteil von Abidjan mit einer Million Einwohnern, niedergelassen haben, mit Sanitätsartikeln und Ausrüstungen für lokale Kliniken sowie mit Hygieneausbildung und psychologischem Beistand, so das Hilfswerk.

„Das dortige Gesundheitszentrum ist in den vergangenen Monaten mehrfach geplündert und verwüstet worden. Es sind keine medizinischen Versorgungsgüter mehr vorhanden“, sagte Chris Olafson, Direktor der Katastrophenhilfe von ADRA Australien. "Wir sorgen dafür, dass Tausende Menschen wieder Zugang zur dringend benötigten medizinischen Hilfe haben."

Durch den Zusammenbruch aller staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen und den sehr begrenzten Zugang zu Gesundheitsdiensten würden die Einwohner ihrem Schicksal überlassen, was zu großflächigen Krankheitsausbrüchen wie Cholera führen könne, befürchtet die Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Bereits unter normalen Umständen würden pro Jahr mehr als ein Fünftel aller Kinder unter fünf Jahren sterben, erläuterte Olafson, „ganz zu schweigen von der jetzigen Sterberate.“ Antiretro-

virale Medizin, wie sie AIDS-Kranke und HIV-Infizierte dringend benötigten, sei schon über zwei Wochen nicht mehr erhältlich, so der Hilfswerkmitarbeiter. Das medizinische Projekt wird von ADRA Australien in Zusammenarbeit mit den Lokabelörden, Nichtregierungs- und Stadtteilorganisationen durchgeführt.

Flüchtlingshilfe in Liberia

Gemäß der Liberianischen Kommission für Flüchtlingsrückführung und Wiederansiedlung hätten seit dem Ausbruch der Krise im November 2010 rund 177.000 Menschen aus den Bürgerkriegsgebieten der Elfenbeinküste in Liberia Zuflucht gesucht.

Um den verbreiteten sexuellen Übergriffen auf geflüchtete Frauen und Mädchen sowie deren Vergewaltigung in der ostliberianischen Stadt Ziah entgegenzuwirken, errichtete ADRA Liberia dort ein Zentrum zur psychosozialen Beratung und Begleitung von Opfern sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, teilte ADRA International mit. Sensibilisierungskampagnen für Flüchtlinge und Gastkommunen, einfache handwerkliche Ausbildungsprogramme, um den Vertriebenen Fähigkeiten zu vermitteln, damit sie ihr Leben mit Arbeit verdienen und sich nicht gegen Sex verkaufen müssten, seien Teil des Projekts, so ADRA.

Ergänzend habe ADRA Liberia gemeinsam mit der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) ein landwirtschaftliches Projekt entwickelt, um die rückläufige Nahrungsmittelproduktion in der Grand Gedeh Verwaltungsregion an der Ostgrenze zur Elfenbeinküste zu stoppen, teilte das Hilfswerk mit. Verschiedene Bürgermeister hätten Felder zur Verfügung gestellt, auf denen die ADRA-Anbaumethoden angewandt und 1.000 Personen ausgebildet würden. (2.963 Zeichen)

ADRA hilft auch vier Monate nach dem Erdbeben in Japan

Weiterstadt bei Darmstadt, 26.07.2011/APD Mit einer Stärke von 9.0 auf der Richterskala erschütterte am 11. März ein starkes Erdbeben den Norden Japans. Auf das Beben folgte ein Tsunami, der Häuser, Autos und Menschen fortspülte. Doch es kam noch schlimmer: Das Erdbeben beschädigte Reaktoren des Atomkraftwerks Fukushima, was zu einem Super-Gau führte. Auch vier Monate nach dem Beben unterstütze die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Japan hilfsbedürftige Menschen vor Ort, um ihre Not zu lindern, teilte der Pressesprecher von ADRA Deutschland, Heinz-Hartmut Wilfert (Weiterstadt bei Darmstadt), mit.

Zwar würden die japanischen Behörden und die Bevölkerung immer wieder mit Erdbeben konfrontiert und wüssten daher, wie sie sich in einem solchen Katastrophenfall verhalten müssten. Doch eine Dreifachkatastrophe dieser Art sei auch für das wirtschaftlich reiche Japan eine erhebliche Belastung und Herausforderung, so Wilfert. Viele Menschen hätten durch das Erdbeben ihr Zuhause verloren oder könnten nicht in ihre Wohnungen zurück, da sie innerhalb der abriegelten Sperrzone lägen.

Schon kurz nach der Katastrophe habe ADRA in der Central Tokyo Adventist Church ein Notlager für über 150 Menschen eingerichtet, die aufgrund des Ausfalls der öffentlichen Verkehrsmittel keine Möglichkeit hatten, nach Hause zurückzukehren. Laut Wilfert hätten auch andere adventistische Kirchengemeinden ihre Räumlichkeiten als Zufluchtsorte zur Verfügung gestellt. ADRA habe in Tokio die Gestrandeten mit Matten, Decken und warmen Mahlzeiten versorgt sowie ihre Kommunikationstechnik zur Verfügung gestellt, damit sie mit ihren Angehörigen Kontakt aufnehmen konnten.

In der Millionenstadt Sendai, rund 100 Kilometer nördlich von Fukushima, habe ADRA Japan ein Notaufnahmелager samt einer Suppenküche für etwa 1.000 Personen eingerichtet, berichtete Wilfert. Zusätzlich seien über 200 Behelfswohnungen in der Stadt Yamamoto vom

Hilfswerk mit Haushaltsbedarf und Möbeln ausgestattet worden. Dort würden von ADRA auch über 750 Mahlzeiten pro Woche für die Katastrophenhilfe zuständigen staatlichen Mitarbeiter und registrierten Freiwilligen ausgegeben.

Mittlerweile habe sich die Situation etwas gebessert. Viele Erdbebenopfer seien in ihre Häuser und Wohnungen zurückgekehrt und bauten ihre Räumlichkeiten wieder auf. Doch das gelte nicht für alle, betonte Wilfert. Manche benötigten weiterhin Unterstützung. Sie hätten ihr gesamtes Hab und Gut verloren oder dürften aufgrund der Gebietssperrungen rund um das Atomkraftwerk ihre Heime nicht aufsuchen. Sie seien weiterhin in Notunterkünften untergebracht. Auf Anfrage des Gouverneurs von Fukushima plane ADRA Japan bis zu 17.500 Notwohnungen mit Haushaltsartikeln und Möbeln auszustatten. Das solle ebenfalls für 1.500 Familien in der Stadt Watari und für 1.800 weitere in der Stadt Higashi-Matsusahima geschehen. Ein Altenheim im Bezirk Miyagi versorge ADRA mit Lebensmitteln und sonstigen Hilfsgütern. Viele Schüler und Studenten im Katastrophengebiet müssten wegen der Zerstörung oder nuklearer Belastung ihrer Unterrichtsgebäude lange Strecken zu anderen Schulen zurücklegen. Für sie will ADRA in Zusammenarbeit mit dem Ausbildungskomitee von Fukushima 400 Fahrräder zur Verfügung stellen. (2.863 Zeichen)

Dreiwöchiger Baueinsatz für Schweizer Jugendliche auf Haiti

Zürich/Schweiz, 26.07.2011/APD Am 6. Juli sind 19 Jugendliche mit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Schweiz zu einem dreiwöchigen Baueinsatz nach Haiti in die Kleinstadt Petit-Goave, 60 km westlich der Hauptstadt Port-au-Prince, abgereist. Gemeinsam mit den Fischern des Ortes bauen sie ein 40.000 Franken (33.000 Euro) teures Gemeinschaftszentrum.

Die vorwiegend aus Westschweizer Frauen und Männern bestehende Freiwilligengruppe werde von Patricio Berna, dem Schweizer ADRA-Projektmanager in Haiti, geleitet, teilte das Hilfswerk mit. Alle Kosten für Flug und Kurzausflüge im Land finanzierten die Jugendlichen selbst. ADRA Schweiz stehe bezüglich einer Mitfinanzierung des Gemeinschaftszentrums von 15.000 Franken mit der „Glückskette“ im Gespräch, erläuterte Alexandre Gasser, Direktor von ADRA Schweiz.

„Die enge Kooperation zwischen Schweizern und Haitianern beim Eisenlegen und Betonieren sowie in den Pausen und am Abend, bietet für beide Seiten eine Vielzahl von interkulturellen Lernmöglichkeiten“, so der ADRA-Direktor. Dieser gegenseitige Austausch und vor allem der Einblick in den Alltag der Haitianer könne für die Freiwilligen aus der Schweiz eine lebensprägende Erfahrung sein.

„Das 70 Quadratmeter große Zentrum bietet Raum für Alphabetisierungs-, Gewaltpräventions-, Gesundheits- und Sexualkurse sowie HIV-AIDS Sensibilisierungsveranstaltungen“, teilte Alexandre Gasser mit. Im Gebäude könnten auch politische Diskussionen und kulturelle Aktivitäten veranstaltet werden. „Zudem wird ADRA dort die Schulung der Fischer bezüglich verbesserter Fangtechnik, Stärkung ihrer Kooperative und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit durchführen können“, so Gasser. Das sei ein zweites Projekt, das ADRA Schweiz mit Hilfe der Co-Finanzierung der „Glückskette“ verwirklichen werde. Die Fischer würden bei diesem Projekt auch mit Booten und Fischereibedarf ausgerüstet. (1.718 Zeichen)

Berufsausbildung für Flüchtlinge aus Myanmar

Weiterstadt bei Darmstadt, 26.07.2011/APD Zur Zeit leben über 137.000 Flüchtlinge aus Myanmar in neun von der Regierung verwalteten Lagern im thailändischen Grenzgebiet, teilte Heinz-Hartmut Wilfert, Pressesprecher der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland in Weiterstadt bei Darmstadt, mit. Die Menschen seien vor Dis-

kriminierung und Gewalt geflohen, doch in Thailand erwarte sie keine umfassende Verbesserung ihrer Lage, sondern eine „Sackgasse“.

Die thailändische Regierung halte die bislang von ihr nicht als Flüchtlinge anerkannten Menschen in den Lagern fest. Sie dürften die abgegrenzten Areale weder verlassen noch eine Arbeit aufnehmen, um sich ihr eigenes Geld zu verdienen. Die Flüchtlinge hätten kaum die Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung, um sich später außerhalb des Lagers eine Existenz aufzubauen, so Wilfert. Das mache alle Lagerbewohner mit ihren Grundbedürfnissen fast vollständig von den Hilfsorganisationen abhängig.

Diese Situation führe zur Isolation der Abgeschnittenen, zu Enttäuschung und Verbitterung über ein Leben ohne Zukunft, gab Wilfert zu bedenken. In den Lagern komme es immer wieder zu Spannungen und Sicherheitsproblemen. Zwar würden in den Flüchtlingscamps einige Berufsbildungskurse angeboten, doch entsprächen diese häufig nicht den aktuellen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt.

ADRA habe deshalb mit Unterstützung der Europäischen Union ein Projekt ins Leben gerufen, das den Flüchtlingen aus Myanmar bedürfnisorientierte Ausbildungsmöglichkeiten bieten solle. So könnten beispielsweise Kochkurse besucht oder Ausbildungen zum Friseur, Näher, Pfleger oder Automechaniker durchgeführt werden. Viele dieser Ausbildungsberufe böten laut Wilfert nicht nur ein thailändisches Zertifikat, sondern seien auch durch das thailändische Bildungsministerium akkreditiert. Das Projekt sei auf drei Jahre ausgerichtet und ermögliche über 6.000 Frauen und Männern im Alter zwischen 15 und 55 Jahren eine qualifizierte Ausbildung.

(1.781 Zeichen)

Bibel

Die Bibel weltweit in 2.527 Sprachen übersetzt

Reading/Großbritannien, 26.07.2011/APD Die ganze Bibel oder zumindest einzelne Bücher daraus sind seit Beginn des Jahres in 2.527 Sprachen übersetzt, teilte der Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies – UBS) in Reading/England im „Scripture Language Report“ mit. Damit bleibe die Bibel das am häufigsten übersetzte Buch aller Zeiten.

Den Angaben zufolge stieg die Zahl der Übersetzungen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 19. Die komplette Bibel liege nun in 469 Sprachen vor. Das wären zehn mehr als im Jahr 2009. Das Neue Testament gibt es jetzt in 1231 Sprachen. Einzelne biblische Bücher seien in 827 Sprachen erschienen. Die Zahl der Sprachen für einzelne Bücher sinke, da viele Mundarten inzwischen eine komplette Bibel oder ein Neues Testament besäßen. Weltweit gebe es nach Angaben von UBS-Übersetzungsexperten rund 6.500 lebende Sprachen.

Die meisten Übersetzungen seien in Asien und dem Pazifikraum veröffentlicht worden. Dort könnten Menschen Gottes Wort jetzt in 1063 Sprachen lesen. An zweiter Stelle stehe mit 739 Übersetzungen der afrikanische Kontinent, gefolgt von Nord- und Südamerika mit insgesamt 512 Übersetzungen. Auf Europa und den Nahen Osten entfielen 210 Übersetzungen. In Kunstsprachen wie Esperanto gebe es drei Bibelübersetzungen. Zu den neuen vollständigen Übersetzungen zähle beispielsweise die Bibel in Tschuwaschisch. Tschuwaschien ist eine Föderationsrepublik im europäischen Teil Russlands. Die 1,7 Millionen Tschuwaschen gehörten überwiegend zur Russisch-Orthodoxen Kirche.

Das Neue Testament liege jetzt auch in acht weiteren Sprachen Papua-Neuguineas vor. Der Inselstaat habe die größte Sprachenvielfalt weltweit. Bei 6,1 Millionen Einwohnern gebe es dort

über 800 Sprachen. Der Weltverband der Bibelgesellschaften ist der internationale Zusammenschluss von 146 nationalen Bibelgesellschaften, zu denen auch die Deutsche und Schweizerische Bibelgesellschaft gehören. (1.704 Zeichen)

Ukrainisches Bibelhaus in Kiew eröffnet

Kiew/Ukraine, 26.07.2011/APD Anlässlich der 20-Jahrfeier des Bestehens der Ukrainischen Bibelgesellschaft wurde in Kiew das Ukrainische Bibelhaus in Anwesenheit des Parlamentsvorsitzenden, Leonid Novokhatko, Vertretern des All-Ukrainischen Rats der Kirchen und religiösen Organisationen sowie von 16 Konfessionen, die Mitglied der Ukrainischen Bibelgesellschaft sind, eröffnet.

Kulturminister Mykhailo Kulyniak verlas im Namen des Staatspräsidenten, Viktor Yanukovych, und des Premierministers, Mykola Azarov, den Mitgliedern der Bibelgesellschaft ein Grußwort. „Es ist sehr bezeichnend“, sagte Kulyniak, „dass der 20. Jahrestag der Ukrainischen Bibelgesellschaft mit dem 20. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine übereinstimmt. Die Arbeit der Bibelgesellschaft ist ein Beispiel für konstruktive überkonfessionelle Zusammenarbeit.“

Die Ukrainische Bibelgesellschaft wurde 1991 gegründet und ist eine christliche, interkonfessionelle Organisation. Sie will die Bibel und biblische Literatur auf Ukrainisch und in die Sprachen der ukrainischen Minderheiten übersetzen, drucken und herausgeben. Seit der Gründung hat die Ukrainische Bibelgesellschaft mehr als 8,1 Millionen Bibeln und biblische Literatur verbreitet.

Zu ihren Gründern gehörten die All-Ukrainische Union der Kirchen der evangelisch-christlichen Baptisten, die All-Ukrainische Union der Kirchen der evangelischen Christen (Pfingstkirchen), die griechisch-katholische Kirche der Ukraine, die Orthodoxe Kirche der Ukraine – Patriarchat von Kiew und die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Ukraine. Später schlossen sich weitere Kirchen der Ukrainischen Bibelgesellschaft an, sodass heute die 16 größten orthodoxen, katholischen und protestantischen Konfessionen der Ukraine Mitglied sind. Die Ukrainische Bibelgesellschaft ist Mitglied im Weltverband der Bibelgesellschaften. (1.668 Zeichen)

Nach „Goldenem Löwen“ jetzt „ADCE Goldstar“ für die „BasisBibel“

Stuttgart, 26.07.2011/APD Nach dem „Goldenen Löwen“ beim internationalen Festival für Kommunikation in Cannes (Frankreich) im Juni, erhielt am 13. Juli das Buchdesign des Neuen Testaments der „BasisBibel“ auch den „ADCE Gold Star“ des „Art Directors Club of Europe“. Der Preis wurde bei der 20. Verleihung der „Best of European Design and Advertising Awards“ in Barcelona (Spanien) vergeben. Vom „Art Directors Club für Deutschland“ (ADC) erhielt die „BasisBibel“ bereits im Mai zwei ADC-Nägel in Silber.

Die „BasisBibel“ wird von der Deutschen Bibelgesellschaft (DBG) herausgegeben. Als Agentur zeichnet „gobasil“ mit Kreativdirektorin Eva Jung (Hamburg/Hannover) für das Produkt verantwortlich. Das Neue Testament der „Basisbibel“ ist seit Mitte November 2010 im modernen Design und verschiedenen Trendfarben im Handel. Die Bibelausgabe nimmt die durch elektronische Medien veränderten Lesegewohnheiten auf. Sie ist in kurzen Sinneinheiten nah am Urtext übersetzt und bietet zusätzlich Erklärungen am Seitenrand. Im Internet stehen weiterführende Informationen wie Bilder, Landkarten, Lexikon und Kommentarfunktion zur Verfügung.

„Nicht nur die Auszeichnungen aus der Design-Branche bestätigen uns, dass wir mit der BasisBibel auf dem richtigen Weg sind“, sagte DBG-Generalsekretär Pfarrer Klaus Sturm. Das Neue Testament überzeuge immer mehr Bibelleserinnen und Bibelleser. Die „BasisBibel“ sei zugleich nah am Urtext und in einer klaren, modernen Sprache übersetzt. (1.327 Zeichen)

Buchrezension

Daniel Heinz (Hg.), „Freikirchen und Juden im ‚Dritten Reich‘. Instrumentalisierte Heilsgeschichte, antisemitische Vorurteile und verdrängte Schuld“, hrsg. vom Konfessionskundlichen Institut des Evangelischen Bundes unter Mitarbeit der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, V & R unipress, Göttingen, 2011, gebunden, 343 Seiten, 49,90 Euro, ISBN 978-3-89971-690-0.

Dass die Freikirchen mit Ausnahme der Quäker zur Judenverfolgung während des Nationalsozialismus und zum Holocaust schwiegen oder gar den Antisemitismus rechtfertigten, wurde lange Zeit verdrängt. Was im „Dritten Reich“ geschah, wird kaum recherchiert oder gar verschwiegen, heißt es im Vorwort von Bischöfin Rosemarie Wenner, bis Juni 2011 Präsidentin der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF). In diesem Band wird die Haltung einzelner Freikirchen gegenüber den Juden im NS-Staat mit niederschmetternden Ergebnissen untersucht. Falsch verstandener Gehorsam, irregeleitete, nationale Begeisterung, Repressionsfurcht und Resignation hinderten die Freikirchen, sich mit dem rassistisch verfolgten Nachbarn, ja sogar mit dem judenchristlichen Bruder in der Gemeinde zu solidarisieren.

Der Herausgeber hat zwölf kritische Beiträge namhafter Freikirchenhistoriker zum Thema veröffentlicht und damit die Diskussion „Juden im Dritten Reich“ wieder aufgenommen. Zu den Themen gehören „Heilsbringer und Verderber“, freikirchliche Ansichten über Juden im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Wolfgang E. Heinrichs, „Ja-sagen zum Judentum“, die Quäker und ihr Verhalten gegenüber den Juden in Deutschland von 1933-1945 (Claus Bernet), und „Minderheiten, die sich lange fremd blieben“ – Mennoniten und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus (Dieter Götz Lichli).

Andreas Liese hat einen großen Beitrag über „Die Juden – ein ‚Fluch‘ für die Völker?“, die Brüderbewegung und die „Judenfrage“ im „Dritten Reich“, verfasst und Michael Weyer das Thema „Kein Ruhmesblatt methodistischer Geschichte“, die „Judenfrage“ im deutschen Methodismus, behandelt. Von Gottfried Sommer stammen die Überlegungen „Alle Juden nach Ägypten!“ – Heilsgeschichte als Alibi im „Dritten Reich“ mit Beispielen aus der Pfingstbewegung.

Weitere Themen, wie „Wir Christen unter Zuschauern“, die deutschen Baptisten und die Judenverfolgung in der Zeit der NS-Diktatur, von Andrea Strübind, „Zwischen antisemitischen Verwerfungen und heilsgeschichtlichen Perspektiven. Die Freien evangelischen Gemeinden und die Judenfrage im Nationalsozialismus“, von Hartmut Weyel, „Juden gegenüber weitgehend distanziert“, die Selbständigen evangelisch-lutherischen Kirchen und die Juden im „Dritten Reich“, von Volker Stolle, „Ein Stachel im Herzen“, der Einfluss der nationalsozialistischen Judenpolitik auf die Brüdergemeinde von 1933-1945 (Dietrich Meyer), „Missionarische Offenheit in der Welt, ideologische Anpassung in Deutschland“, Siebenten-Tags-Adventisten und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus (Daniel Heinz), „Juden und Freikirchen in Österreich“, die Haltung der Freikirchen in Österreich zur Zeit des Nationalsozialismus, dargestellt von Franz Graf-Stuhlhofer, vor allem am Beispiel der Prediger Arnold Köster (Baptist) und Hinrich Bargmann (Methodist), werden sorgfältig einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Auch die Tradition des Judenbildes aus dem zweiten Deutschen Kaiserreich kommt zur Sprache. Hilfreich ist zudem ein ausführliches Personen- und Autorenregister.

Dr. Wolfgang Tulaszewski